

Bericht

des Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Ing. Wallner, Bartel und Klubobfrau Mag.^a Gutschl (Nr. 310 der Beilagen) betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl der Medizinstudentinnen und Medizinstudenten an österreichischen Universitäten

Der Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss hat sich in der Sitzung vom 22. Mai 2019 mit dem Antrag befasst.

Abg. Bartel berichtet, dass Absolventenstatistiken der medizinischen Universitäten zeigten, dass sich die Absolventenzahlen ausgehend von einer Spitze von rund 1.800 Absolventinnen und Absolventen in den Jahren 2008 bis 2012 um rund ein Drittel auf 1.200 reduziert hätten. Mit einem Verzögerungseffekt durch die postpromotionelle Ausbildung von drei bis sechs Jahren (je nach Art der Ausbildung) reduziere sich dadurch der Zustrom junger Ärztinnen und Ärzte auf den Arbeitsmarkt. Erschwerend komme hinzu, dass viele Jungmedizinerinnen und Jungmediziner nach Abschluss ihres Studiums ins Ausland gingen bzw. in der Pharmaindustrie Fuß fassten. Die Spezialisierungen in der Medizin sowie der Wunsch der jungen Ärztinnen und Ärzte nach Teilzeitarbeitsmöglichkeiten bzw. Work-Life-Balance verstärke ebenfalls den Ärztemangel, vor allem im niedergelassenen Bereich. Ausgehend von einer zwar im europaweiten Vergleich hohen Ärztedichte in Österreich habe das zur Folge, dass Absolventinnen und Absolventen eines Medizinstudiums mehr Wahlmöglichkeiten für ihre berufliche Tätigkeit hätten. In einzelnen Bereichen, wie insbesondere bei Krankenhäusern in peripheren Gebieten, bei Sonderfächern wie Kinder- und Jugendpsychiatrie, aber auch in der Allgemeinmedizin mit traditioneller Organisationsform, bei Kinder- und Jugendfachärztinnen und -ärzten, Sprengelärztinnen und -ärzten, Schulärztinnen und -ärzten oder Notärztinnen und -ärzten werde es immer schwieriger, ärztliches Personal zu finden. Bemühungen, die Anzahl der Medizinstudenten wieder zu erhöhen, seien notwendig. Darüber hinaus sollten bei den Aufnahmekriterien für das Medizinstudium auch die sozialen Kompetenzen künftig eine gewichtigere Rolle spielen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl führt aus, dass er seit 2012/2013 tatsächlich einen Ärztemangel bemerke, obwohl seitens des Bundes und der Gesundheit Österreich GmbH beteuert werde, dass es keinen Ärztemangel in Österreich und es so viele Ärztinnen und Ärzte wie noch nie gebe. Dies treffe insbesondere auf Wien mit Österreichs größter medizinischen Universität zu. Viele Absolventinnen und Absolventen würden lieber in den Ballungszentren bleiben, weshalb sich dort der Ärztemangel nicht auswirke. Dagegen sei es besonders in den Regionen schwierig, sowohl im Akut- als auch niedergelassenen und Spitalsbereich entsprechend Ärztinnen und Ärzte nachzubesetzen. Mit Einführung der Zugangsbeschränkung im

Jahr 2008 sei die Absolventenzahl um rund ein Drittel zurückgegangen. Damals habe man viel übersehen und nicht rechtzeitig reagiert. Seit 2003 sei die EU-Richtlinie bekannt, dass mit einer Übergangszeit von zehn Jahren das Arbeitszeitgesetz für Ärzte mit der 48-Stunden-Woche einzuführen sei. Alleine durch diese Umstellung benötige man in den Spitälern des Bundeslandes Salzburg zusätzlich ca. 200 Ärztinnen und Ärzte. Zudem sei die Ärzteausbildungsverordnung dahingehend geändert worden, dass es sehr viele Spezialausbildungen gebe, wodurch in Schwerpunkt- und Zentralkrankenhäusern wesentlich mehr Ärztinnen und Ärzte in einem Dienstrad vorgehalten werden müssten. Im Hinblick auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie seien viele Ärztinnen und Ärzte in Teilzeitarbeitsverhältnissen, auch dadurch benötige man mehr ärztliches Personal. Viele der Jungmedizinerinnen und -mediziner würden auf Teamarbeit und Zusammenarbeitsformen setzen und sich Kassen- und Wahlarztstellen teilen. Der seit Jahren starke Trend in Richtung Wahlarztpraxis biete zudem mehr Freiheit, die Möglichkeit einer individuellen Einteilung, keine Bindung an Bereitschafts- und Notarztdienste usw. All das bewirke, dass es sehr wohl einen deutlichen Ärztemangel gebe. In Salzburg sei es gelungen, die Studentenzahl an der PMU pro Semester von 50 auf 75 zu erhöhen. Man versuche die Ausbildung so zu gestalten, dass Absolventinnen und Absolventen möglichst in Salzburg blieben. Man unterstütze, dass die junge Generation im Anschluss an die Ausbildung ins Ausland gehe und dort Zusatzausbildungen absolviere. Wichtig sei jedoch, dass sie wieder zurückkehre. Neben der Erhöhung der Studienplätze sei es notwendig, die Sozialkompetenz zu stärken, damit sich mehr Absolventinnen und Absolventen für eine Tätigkeit in den Kliniken und den niedergelassenen Bereich gerüstet fühlten, anstatt in die Wissenschaft zu gehen. Anzusetzen sei weiters beim Sprachniveau ausländischer Ärzte. Während in Deutschland das Sprachniveau B1 für Ärztinnen und Ärzte genüge, habe die Ärztekammer in Österreich das Sprachniveau auf C1 festgesetzt. Auch das Verfahren der Nostrifizierung müsse beschleunigt bzw. vereinfacht werden. Im niedergelassenen Bereich sei eine nochmalige Anpassung der Honorare durch die Sozialversicherungen notwendig, um den großen Unterschied zwischen Verdienstmöglichkeiten in Spitälern und dem niedergelassenen Bereich ausgleichen zu können. Wirkung zeige bereits die Anpassung des Gehaltssystems an das europäische Niveau. Die Sozialversicherungsträger seien gefordert, das Angebot für Gruppenpraxen und Zusammenarbeitsformen zu verstärken und zu fördern. Zudem müsse das Medizinstudium praxisnäher gestaltet werden und müssten Allgemeinmediziner einen stärkeren Einfluss auf Studierende während des Studiums haben. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl berichtet von Salzburger Initiativen, wie zB den jahrelangen Bemühungen rund um die Lehrpraxen, der summer school für Medizinstudentinnen und -studenten, der Aktion des Klinischen Praktischen Jahres (KPJ) oder dem bestehenden Ausbildungsverbund zwischen Salzburgs Spitälern. Viele Absolventinnen und Absolventen würden ins Ausland oder in die Forschung gehen oder in die Pharmacie abwandern. Tatsache sei, dass man Mangelfächer wie zB die Psychiatrie, insbesondere Kinder- und Jugendpsychiatrie habe, es Engpässe bei den Allgemeinmedizinerinnen gebe und man auch die absehbare Pensionierungswelle bei Ärzten bedenken müsse.

Zweiter Präsident Dr. Huber dankt für den Antrag und die Initiative zu einem sehr wichtigen Thema. Die Anzahl der Medizinstudenten sei seit 2006 durch die Quotenregelung begrenzt, dh 75 % der Ausbildungsplätze gingen an österreichische Maturanten, 20 % an EU-Bürger und 5 % an Nicht-EU-Bürger, wobei Südtiroler und Liechtensteiner unter die Österreicherquote fielen. Im Vergleich zu früheren Jahren liege die Drop-Out-Rate bei Medizinstudenten in Wien bei unter 10 %. Das große Problem liege darin, dass mehr als ein Drittel der Absolventen das heimische Gesundheitssystem nach der Ausbildung verließen, entweder, weil sie ins Ausland gingen oder in andere Berufsfelder wechselten. Es gelinge nicht, jene Absolventen, die man ausbilde, zu motivieren, im Land zu bleiben. Offenbar sei das Ausbildungskonzept im Ausland besser strukturiert und zudem geregelt, wer sich um die Ausbildung der jungen Kollegen kümmere. Diesen Dingen müsse man sich in Zukunft verstärkt widmen. Mitzudenken seien die anstehenden Pensionierungen bei Ärzten, so werde zB in den nächsten zehn Jahren in der Stadt Salzburg rund 1/3 der Allgemeinmediziner in Pension gehen. Auch die geplante Kassenzusammenlegung führe zu Verunsicherungen unter seinen Kolleginnen und Kollegen. Zweiter Präsident Dr. Huber richtet an die Experten die Fragen, ab wann die Ausbildungsplätze an den Universitäten erhöht werden müssten und welche Rolle die Regionalität bei der Niederlassung einer Ärztin oder eines Arztes spiele.

Abg. Heilig-Hofbauer BA meint, dass es im Wesentlichen um drei Punkte gehe. Einerseits seien vor ca. zehn Jahren in allen möglichen Studienrichtungen Zugangsbeschränkungen eingeführt worden. Dies habe in vielen Fällen dazu geführt, dass die Studierendenzahlen dramatisch zurückgegangen seien. Man werde sich die Zulassungsverfahren anschauen und diese gegebenenfalls ändern müssen, damit wieder mehr Personen in diesen Studienrichtungen inskribierten. Wichtig sei auch, die Abwanderung sowohl in andere Länder als auch Branchen (wie zB Forschung oder Pharmaindustrie) zu stoppen. Man befinde sich in einem internationalen Wettbewerb und müsse deshalb auf attraktive Bedingungen, wie zB gute Bezahlung, Work-Life-Balance, Gruppenpraxen etc. achten. Gleichzeitig dürfe man die Hürden für interessierte Ärzte aus dem Ausland nicht zu hoch ansetzen. Mit diesem Maßnahmenbündel könne es gelingen, den Bedarf an Medizinern langfristig zu decken.

Abg. Dr. Schöppl stellt fest, dass Salzburg angesichts der Tatsache, dass es keine öffentliche Universität mit medizinischer Fakultät habe, darunter leide, dass junge Studierende in andere Städte gingen und am Studienort blieben. Eine Schwierigkeit sehe er auch darin, dass lediglich 75 % der Studienplätze Österreichern zu Gute käme. Für einen gerechten Ausgleich müsste für die fehlenden 25 % die Möglichkeit gegeben sein, im Ausland studieren zu können. Die derzeit gültige Regelung sei jedoch zum Nachteil von Österreich. Man biete ein Viertel der Studienplätze anderen an, bekäme aber im Gegenzug nur wenige Ausbildungsplätze für Österreicherinnen und Österreicher in der Europäischen Union zurück, die Zahl tendiere aufgrund der dortigen Zugangsbestimmung gegen null. Aufgrund des Bedarfes müssten die inländischen Studienplätze den Inländerinnen und Inländern zustehen. Ausländische Interessenten seien erst zuzulassen, wenn der eigene Bedarf gedeckt sei. Zudem müsse der Ausgleich durch Studienplätze im gleichen zahlenmäßigen Umfang in anderen Ländern sichergestellt sein.

Abg. Rieder bringt einen FPÖ-Zusatzantrag ein:

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Studienplatzanzahl des Studienganges Biomedizinische Analytik der FH-Salzburg GmbH jährlich von derzeit 15 auf jährlich 20 erhöht wird.
3. Die Landesregierung wird des Weiteren aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die derzeitige Quotenregelung für das Medizinstudium in Österreich dahingehend zu ändern, dass freie Studienplätze erst dann an EU-Bürger vergeben werden sollen, wenn das Kontingent der freien Studienplätze für die Studien der Human- sowie Zahnmedizin von österreichischen Staatsbürgern nicht aufgebraucht wurde.

Mag. Rauchzauner (Ärztchamber Salzburg) führt in Beantwortung der aufgeworfenen Fragen aus, dass in den letzten fünf Jahren die Nachbesetzung von 80 Stellen für Allgemeinmedizin gelungen sei. Die Herausforderungen seien enorm. Rund 50 % der kassenärztlichen Vertragsarztstellen seien in den nächsten zehn Jahren nachzubesetzen. Betroffen seien nicht nur Kassensarztstellen, sondern auch Wahlarztstellen und der Angestelltenbereich. Aus diesem Blickwinkel gebe es einen Ärztemangel. Die Maßnahme einer Erhöhung der Studienplätze würde erst in zehn Jahren greifen. Im Vergleich zu den Hauptmigrationsländern Deutschland und Schweiz gebe es in Österreich, umgelegt auf die Bevölkerung, mehr Studienplätze. Ein wesentlicher Punkt sei, dass viele ausgebildete Absolventinnen und Absolventen einer humanmedizinischen Universität nicht dem österreichischen Gesundheitssystem in Österreich zur Verfügung stünden. Laut einer Statistik gebe es pro Absolvent Kosten von rund € 0,5 Mio. Würde man diese Kosten darauf umlegen, dass lediglich sieben von zehn im System ankämen, bedeute das Kosten in Höhe von € 700.000,- pro Absolvent. Man solle sich die Frage stellen, ob man diese Summe nicht in die Attraktivierung der bestehenden Strukturen investieren könne. Was die Frage der Regionalität betreffe, liege man in Salzburg besser als in den übrigen Bundesländern. Dies sei auf die partnerschaftlich getroffenen Maßnahmen der Ärztekammer und Sozialversicherungen mit dem Land zurückzuführen, denn die getroffenen Kooperationsmodelle würden greifen und angenommen. Andere Länder würden nachziehen. Man befinde sich in einem Wettbewerb, bei dem auch die Mobilität der Ärztinnen und Ärzte mitzubedenken sei. Dass Regionalität eine essentielle Rolle spiele, sehe man beim Projekt Salzburger Initiative Allgemeinmedizin (SIA), das ein Erfolgsmodell der letzten Jahre sei. Über dieses Projekt hätten sechs Vertragsarztstellen im Bereich der Allgemeinmedizin besetzt werden können, weitere vier seien in Planung. Dasselbe gelte für die Lehrpraxen. Die gesetzten Maßnahmen seien auf regionaler Ebene entwickelt worden und seien sehr wichtig. Dem Anspruch der Mitglieder, regional serviert zu werden, werde man gerecht. So würden zB begleitend viele Praxisgründungsseminare angeboten. Ein wesentliches Problem für Jungärzte sei, passende Praxisräumlichkeiten zu finden. Hier seien insbesondere Gemeinden gefordert, unterstützend einzugreifen.

Klubvorsitzender Abg. Steidl kündigt Unterstützung zum Antrag an. Er freue sich als Initiator der SIA, dass diese so erfolgreich sei. Wenn man mehr Humanmedizinerinnen und -mediziner wolle, solle man die Unterstützung nicht nur außerhalb des Landes einfordern, sondern auf Landesebene tätig werden. Es sei zu überdenken, ob das Pharmacie-Studium an der PMU Sinn mache, wenn dieses auch in Innsbruck möglich sei und der Arbeitsmarkt den mindestens 150 bis höchstens 200 Absolventen jährlich lediglich 25 bis 30 offene Stellen biete. Er frage sich, ob es nicht sinnvoller wäre, die dafür budgetierten Mittel an der PMU für mehr Studienplätze in Humanmedizin einzusetzen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf sagt, dass bereits viel Richtiges und Wichtiges gesagt worden sei. Zu Punkt drei des Zusatzantrages dürfe erwähnt werden, dass es viele österreichische Studierende gebe, die sich dem Aufnahmeprocedere in Österreich nicht stellen wollten und deshalb im Ausland studierten. So würden zB viele, die den Numerus clausus erfüllten, in München Medizin studieren. Die 25 %-Regelung sei ein schwer ausverhandelter Punkt, 20 % der Studienplätze würden Studierenden aus EU-Ländern, 5 % Studierenden aus Nicht-EU-Ländern zugeteilt. Zudem sei es sinnvoll, für die Vita Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Es gebe einiges zu tun, um die Ausbildung im Inland zu attraktivieren und das Angebot zu stärken. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf kündigt an, Punkt drei des Zusatzantrages keinesfalls unterstützen zu wollen.

Mag.^a Hofinger (Abteilung 9) weist im Hinblick auf Punkt zwei des Zusatzantrages darauf hin, dass es für alle Gesundheitsberufe sogenannte Berufsbilder gebe, die gesetzlich definiert seien und das Einsatzfeld beschrieben. Die Einsatzfelder seien für Mediziner nach dem Ärztegesetz und den einschlägigen Regeln für die Sonderfächer und biomedizinische Analytik doch einigermaßen unterschiedlich. Mit Blick auf die Berufsfelder könne sie einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen der Frage des Einsatzes von Ärzten und des Einsatzes von biomedizinischen Analytikern nicht feststellen, zumal es zwischen beiden Berufen keine direkten Ersatz- und Kompensationsmöglichkeiten gebe.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi ersucht um punktweise Abstimmung des ergänzten Antrages. In der punktweisen Abstimmung wird der ursprüngliche Antrag als Punkt 1. einstimmig angenommen. Punkt 2. und 3. werden mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen der FPÖ - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Der Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, Maßnahmen zu setzen, um die Anzahl der Medizinstudentinnen und Medizinstudenten deutlich zu erhöhen und die dafür notwendige Infrastruktur an den österreichischen Universitäten zur Verfügung zu stellen.

Salzburg, am 22. Mai 2018

Die Vorsitzende:
Mag.^a Jöbstl eh.

Die Berichterstatterin:
Bartel eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 5. Juni 2019:
Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.